

NZZ

# Guten Morgen Schweiz

---



**von Andrea Fopp**

Redaktorin Bundeshaus

Liebe Leserin, lieber Leser

Darf eine «gute Mutter» ihr Kind in die Kita schicken? Und was ist eine gute Mutter überhaupt? Die mythologisch aufgeladenen Fragen stammen aus dem letzten Jahrhundert, sogar die konservative Schweiz hat sie mittlerweile abgehakt. Die Diskussion hat sich dafür auf die professionelle Kinderbetreuung verlagert. Was ist eine gute Kita?, fragen sich nicht nur Eltern, sondern auch Wirtschaftspolitiker. Der Bundesrat soll die Antwort liefern, Arbeitgeber das nötige Geld. Ist das sinnvoll?

---

**Wie gut ist gut genug?**



Sie baut sich eine Welt.

Andrea Stalder / CH Media

Die staatliche Kita-Finanzierung ist quasi im Trockenen. Jetzt nimmt sich Mitte-links auch noch die Qualität der subventionierten Betreuungseinrichtungen vor. Der Staat soll die Krippen nicht nur subventionieren, sondern auch vorgeben, was eine gute Kita ausmacht. Aber von Anfang an.

Im Mai diskutiert der Nationalrat ein weiteres Mal über eine langfristige Finanzierung der Kinderbetreuung. Eine Mehrheit von Mitte-links will die eigentlich als Anschubfinanzierung gedachte Subventionierung in eine «zeitgemässe Lösung» überführen. Sprich: in eine Dauerlösung, welche die Kita-Kosten für Eltern von Kindern unter acht Jahren langfristig senkt. Zur Debatte steht unter anderem ein Vorschlag des Ständerats, der eine schweizweite Betreuungszulage schaffen will. Kosten: ungefähr 600 Millionen Franken pro Jahr. Finanzierung: vor allem via Kantone und Arbeitgeber.

Der Widerstand von rechts liegt auf der Hand. Kinderbetreuung sei eigentlich eine Aufgabe von Gemeinden und Kantonen, führen FDP und SVP ins Feld. Das politische Hin und Her dauert schon Jahre, verschiedene Finanzierungsvarianten wurden durchdekliniert. Der aktuelle Vorschlag hat gute Chancen, sich bei Mitte-links durchzusetzen.

Jetzt, wo die Millionen schon fast im Trockenen sind, sehen Nationalräte die Chance, noch eine weitere Regulierung unterzubringen. So hat eine knappe Mehrheit der nationalrätlichen Wirtschaftskommission ein Postulat mit dem Namen «Qualitativ gut geführte Kitas» eingereicht.

Der Bundesrat soll beauftragt werden, Qualitätskriterien und einen «kindesgerechten Betreuungsschlüssel» zu definieren sowie angedachte «Optimierungen» punkto Arbeitsbedingungen und Löhne des Betreuungspersonals zu skizzieren. Diese Qualitätskriterien sollen in die Debatte zur Finanzierung der Krippen einfließen. Subventioniert soll nur werden, wer genügend gut ausgebildetes Personal hat und gewisse Löhne zahlt. Die Überzeugung dahinter: Profis machen einen besseren Job als Praktikantinnen.

Die Kommissionssprecherin Katharina Prelicz-Huber (Grüne) vertritt die Mitte-links-Mehrheit. Sie verspricht sich von den Qualitätskriterien:

- **Mehr Kindeswohl:** Kitas sollen laut Prelicz-Huber «kein Abstellort für Kinder» sein, sondern ein Ort, wo sie sich wohlfühlen.
- **Mehr Frühförderung:** Je früher die Kinder sprechen lernen, desto besser. Nicht nur für zweisprachige Kinder sei der Besuch einer Kita mehr als «nur» Betreuung, nämlich frühe Bildung. Dafür brauche es sozialpädagogisch geschultes Personal, nicht – wie heute häufig der Fall – Praktikantinnen und Unausgebildete.
- **Mehr Lohn:** Kinderbetreuerinnen mit einer Tertiärausbildung verdienen laut Prelicz-Huber oft nur 5000 bis 6000 Franken im Monat. Die Folge sei Fachkräftemangel. Vor allem Männer würden für so wenig Lohn nicht arbeiten wollen – und Frauen auch je länger, desto weniger.



Katharina Prelicz-Huber sorgt sich um die Kinder und die Betreuerinnen.

Keystone

Widerstand leisten vor allem Freisinn und SVP. Hohe Qualitätsanforderungen würden die Kinderbetreuung massiv verteuern, argumentieren sie. So fürchtet FDP-Nationalrätin Bettina Balmer:

- **Mehr Kosten:** Mehr Qualität bedeute in der Praxis häufig einfach mehr Kontrollen und daher mehr Bürokratieaufwand und höhere Betriebskosten, argumentiert Balmer.
- **Mehr Toiletten o. Ä.:** Qualitätskriterien sind eine Frage der Definition, sie können auch mehr schaden als nützen. Balmer verweist etwa auf Auflagen bei den sanitären Anlagen: Am Schluss müsse man wieder drei WC für acht Kinder bauen, ohne dass man irgendetwas an der Qualität ändere.
- **Weniger Freiheit:** Mehr Bürokratie kann private Initiativen im Keim ersticken. Das gelte nicht nur für Qualitätskriterien, sondern auch für die geplante Kita-Finanzierung. Diese berücksichtige Tagesmütter oder Nannys nicht. Das schränke die Wahlfreiheit der Eltern ein.



Bettina Balmer sorgt sich um die Freiheit.

Andrea Zahler / CH Media

Selbstverständlich wollen Katharina Prelicz-Huber und Bettina Balmer wie fast alle Menschen: das Beste für die Kinder. Bei den Linken ist das mit Geldausgeben verbunden, bei den Liberalen mit Budgetdisziplin und Wettbewerb.

Wobei: Es gibt auch Wettbewerb, den die Linken mögen. Das zeigt sich gerade in meiner Wahlheimat. Basel-Stadt ist dank der Pharma (noch?) so reich, dass im Stadtkanton Liberale mit Linken darum wetteifern, wem die Bevölkerung höhere Kita-Subventionen zu verdanken habe.

Die SP hatte eine Initiative für Gratis-Kitas lanciert. Der damalige Erziehungsdirektor Conradin Cramer von der Liberal-Demokratischen Partei (der LDP, die auf nationaler Ebene mit der FDP eine Fraktion bildet) präsentierte daraufhin stolz einen Gegenvorschlag, der mittlerweile in Kraft ist: Eltern müssen maximal 1600 Franken bezahlen für die Kinderbetreuung. Das Betreuungspersonal bekommt zudem mehr Lohn.

Das Resultat: Krise im Baselbiet. Betreuerinnen und Familien ziehen vermehrt in die Stadt. Die Kitas im bürgerlichen Nachbarkanton

bekamen schon vorher deutlich weniger Unterstützung. In der Konsequenz verstärken linke Baselbieter ihre Forderungen nach Subventionen. Staatlich subventionierter Wettbewerb, sozusagen. Den kennen übrigens auch Zürich oder Bern: Kitas verlieren Kinder und müssen schliessen.

## Die Plattform



Gestern wollte der Bundesbern-Kenner Fabian Schäfer nicht nur testen, ob Sie Ihren Tolstoi gelesen haben, sondern auch, wie weit fortgeschritten Ihre Meinungsbildung zum EU-Paket ist. Die meisten von Ihnen warten noch die definitiven Vertragstexte ab, wie ich aus den vielen interessanten Antworten entnehme. Wie immer präsentiere ich mit Vergnügen eine Auswahl. Weil es, nicht ganz zu Unrecht, heisst, wir Journalisten seien zarte Pflänzchen, die gekonnt austeilen und schlecht einstecken würden, fange ich mit einem kritischen Votum an:

- **Peter Braun**, Ökonom und Mitglied der FDP-Ortspartei Meilen, kritisiert, dass mein Kollege Fabian Schäfer weder den Begriff «Bilaterale III» noch «institutionelles Rahmenabkommen» verwendete, sondern nur vom «Vertragswerk» sprach. «Sie machen damit genau das, was Sie in Ihrem Artikel zum heutigen Zeitpunkt den Befürwortern oder Gegnern vorwerfen», so Braun. Fabian Schäfer hatte festgestellt, dass sich die Befürworter bis heute in der Tendenz zieren, sich für die – voilà – «Bilateralen III» einzusetzen, während die Gegner längst auf tutti gehen.
- «Als eher rechtsbürgerlich denkender, ehemaliger Unternehmer» tendiert **Marcel Egger** derzeit eher zu einem Nein. Für eine